

Das Ja zur unvermeidlichen Koexistenz

Rabin und Arafat schaffen Grundlage für eine neue Ordnung

Nach der politischen Wende in den ehemals kommunistisch regierten Staaten Mittel- und Osteuropas und der Abschaffung der Apartheid in Südafrika ist der Brückenschlag zwischen Israel und der PLO ein weiterer, die gegenwärtige politische Weltlage von Grund auf verändernder Vorgang. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und dem Vatikan dürfte hierdurch noch weiter beschleunigt werden.

Wer dachte beim Händedruck von PLO-Chef *Jassir Arafat* und Israels Ministerpräsident *Jitzhak Rabin* am 13. September in Anwesenheit von US-Präsident *Bill Clinton* auf dem Rasen des Weißen Hauses in Washington nicht auch an jene biblische Friedensvision vom Wolf, der beim Lamm wohnt (Jes 11, 6). Nicht als ob sich eine der beiden Seiten so schwach wie ein Lamm und die andere übermächtig wie ein Wolf erwiesen hätte – nur fehlte weithin die Phantasie sich auszumalen, der einstige Kriegsheld Rabin könnte eines nicht allzu fernen Tages Arafat die Hand wenn schon nicht zur *Versöhnung*, so doch zumindest zu einer *Einigung* reichen. Der Vergleich mit der die irdische Wirklichkeit hinter sich lassenden Endzeitvision schien auch deshalb nicht unangebracht, weil die historische Einigung zwischen der sozialdemokratisch geführten israelischen Regierung und der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation für alle im Nahen Osten – und nicht nur dort – überraschend schnell kam, nachdem die Washingtoner Friedensgespräche in eine Krise geraten waren.

Eine auf fünf Jahre befristete Selbstverwaltung

Die Grundlage für die Vereinbarung vom 13. September waren nur wenige Tage zuvor mit der gegenseitigen Beseitigung der Hürden gelegt worden, die bisher einer Annäherung beider Seiten im Wege gestanden hatten. In einem Brief an Rabin bekräftigte Arafat, die PLO erkenne das Recht des Staates Israel auf eine friedliche und sichere Existenz an. Die PLO akzeptierte die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates. Einige Monate nach dem Sechs-Tage-Krieg, in dem Israel die syrischen Golan-Höhen, Westjordanien und die Altstadt von Jerusalem sowie die Halbinsel Sinai bis zum Suez-Kanal und den Gaza-Streifen erobert hatte, forderte der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 242 (vom 22. November 1967) u. a. die Respektierung der territorialen Integrität jedes Staates der Region und bekräftigte das Recht jedes Staates – damit auch Israels –, „in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen frei von Drohungen und Gewaltakten zu leben“. Von Israel wurde der Rückzug aus den eroberten Gebieten verlangt. In der Resolution 338 vom 22. Oktober 1973, noch während des Jom-Kippur-Krieges verabschiedet, bekräftigte man u. a. die Resolution 242.

Des weiteren sicherte Arafat zu, jene Artikel der *Palästinensischen Charta*, in denen Israel das Existenzrecht verweigert wird, und andere Passagen, die der neuen Vereinbarung widersprechen, seien als ungültig zu betrachten und würden dementsprechend geändert. In der Charta der PLO von 1964 wird u. a. Palästina in den Grenzen des britischen Mandatsgebietes von 1922 als „unteilbar“ und die Teilung Palästinas durch die Vereinten Nationen als „völlig illegal“ bezeichnet. Der „bewaffnete Kampf“ sei der einzige „Weg zur Befreiung Palästinas“ und Israel „Instrument“ des „rassistischen... aggressiven, expansionistischen... und faschistischen“ Zionismus. Die Antwort von Ministerpräsident Rabin besteht demgegenüber im wesentlichen aus der Anerkennung der PLO „als Repräsentanten des palästinensischen Volkes“ und der Zusage, im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses Verhandlungen mit der PLO beginnen zu wollen.

Das daraufhin von Rabin und Arafat in Washington unterzeichnete Abkommen sieht eine *auf fünf Jahre befristete Selbstverwaltung durch die Palästinenser im Gaza-Streifen und in Jericho* vor. Spätestens zwei Jahre nach Abschluß dieses Abkommens sollen Verhandlungen über eine dauerhafte Lösung aufgenommen werden. In der Präambel erklären Israel und Palästinenser, ihrem Konflikt ein Ende setzen und gegenseitig ihre legitimen und politische Rechte anerkennen zu wollen. Innerhalb des nächsten halben Jahres soll Israel seine Truppen aus dem Gazastreifen und der Stadt Jericho abziehen. Innerhalb von neun Monaten sollen die Palästinenser in diesen Gebieten einen Rat wählen, dem Erziehung, wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz, Steuern und Soziales unterstehen. Die Palästinenser haben nunmehr das Recht, eine eigene Polizei aufzubauen.

Zentrale wie überaus strittige Fragen eine künftige Dauerlösung betreffend blieben vorerst ausgeklammert. Dazu gehört der künftige *Status von Jerusalem* ebenso wie das Schicksal der im Zuge der Besetzung durch die israelische Armee 1967 geflohenen Palästinenser. Eine *Rückkehrgarantie* räumte Israel bisher nicht ein. Der Status der von Israelis errichteten Siedlungen auf palästinensischem Gebiet ist vorläufig ebenso ungeklärt wie eine Reihe von Sicherheitsfragen und Fragen der genauen Grenzziehung, etwa im Gebiet um Jericho. Völlig offen bleibt aber vor allem die *Gestalt eines künftigen Staa-*

tes Palästina. Sowohl in Israel als auch in Jordanien sähe man mit gemischten Gefühlen, wenn zwischen Jordan und Jerusalem ein unabhängiger Palästinenserstaat entstünde.

Zentrale Streitpunkte blieben ausgeklammert

Was die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge angeht, erreichte man indes bereits Mitte Oktober erste Teillösungen. Eine israelische Verhandlungsdelegation unter Leitung von Vizeaußenminister *Yossi Beilin* sagte zu, daß Israel jährlich die Rückkehr von 5000 *displaced persons* aus dem Sechs-Tage-Krieg und die Zusammenführung von 2000 Familien gestatte. Alle rund 6000 illegal sich in den von Israel besetzten Gebieten aufhaltenden palästinensischen Besucher sollen demnach bleiben und alle seit 1967 Deportierten zurückkehren dürfen. Außerdem versprach die israelische Regierung, eine erhebliche Anzahl von politischen Häftlingen freizulassen. In der palästinensischen Delegation herrschte Pressemeldungen zufolge Befriedigung darüber, daß die israelische Regierung sich erstmals dem Prinzip anschloß, *Familienzusammenführungen als humanitäre Maßnahmen* anzusehen.

Bewegt haben sich letztlich beide Seiten. Die Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes bedeutet für Israel eine *diametrale Kehrtwendung* gegenüber der bisher eingenommenen Haltung. Der israelische Weg führte von der *Negation der Existenz eines palästinensischen Volkes zur Ausgrenzung der PLO wegen ihrer terroristischen Vergangenheit*. Hindernisse für eine Annäherung aus palästinensischer Sicht waren außerdem die israelische Ablehnung eines palästinensischen Staates sowie der Rückkehr von Flüchtlingen in die besetzten Gebiete. In allen drei Punkten hat sich Israel bewegt.

Nachdem die PLO beim Existenzrecht Israels schon seit geraumer Zeit umzudenken begonnen hatte, dürfte ihr wichtigstes Entgegenkommen darin bestehen, sich auf die Übereinkunft eingelassen zu haben, obwohl ein zentraler Streitpunkt wie der Status von Ost-Jerusalem ausgeklammert blieb. Außerdem halten sich die territorialen Zugeständnisse Israels am unteren Ende des vorhandenen Spielraums. Skeptiker unter der palästinensischen Bevölkerung befürchten denn auch, die Lösung „Gaza und Jericho zuerst“ könnte sich eines Tages als Versuch herausstellen, die Palästinenser mit „Nur Gaza und Jericho“ abzuspeisen. Der Gaza-Streifen könnte sich im übrigen schon bald für die palästinensische Selbstverwaltung als Danaergeschenk herausstellen, wenn es ihr nicht schnell gelingen sollte, sowohl die öffentliche Ordnung zu gewährleisten als auch vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend zu verbessern. In Israel weint insofern niemand dem Gaza-Streifen nach.

Die Prinzipienklärung von Washington ist die *erste vertragliche Vereinbarung zwischen Israel und der PLO überhaupt* und insofern mehr als eine Bereinigung der Lage nach den beiden Kriegen von 1967 und 1973. Sie kam für die Länder des Nahen

Ostens wie die Weltöffentlichkeit so überraschend, daß Irritationen hier wie dort nicht ausblieben. Das gesetzliche Kontaktverbot zur PLO, schon seit Jahren mehr ein Relikt aus vergangenen Terrorismus-Zeiten als Ausdruck von Realpolitik, war erst wenige Wochen vor der Einigung aufgehoben worden. Likud-Chef *Netanyahu* machte sich zum Sprachrohr aller Unzufriedenen im Lande, ohne damit aber – wie man inzwischen weiß – die Stimmung selbst der Anhängerschaft seiner Partei richtig zu treffen. Die Zustimmung zu der Vereinbarung mit der PLO ist nicht auf die Anhängerschaft der Arbeitspartei begrenzt und scheint weiter zu wachsen.

Weder Jordaniens König *Hussein* noch Syriens Präsident *Assad* wußten etwas von der bevorstehenden Einigung und verhielten sich nach dem Bekanntwerden entsprechend abwartend-reserviert. Die Unterzeichnung der Prinzipienklärung in Washington konnte nur mühsam verdecken, daß der amerikanische Anteil am Zustandekommen dieser Vereinbarung nicht sehr groß ist. US-Präsident Clinton bemühte sich dennoch, eine gewisse Analogie herzustellen zwischen der jetzigen Vereinbarung und der unter Vermittlung des damaligen US-Präsidenten *Jimmy Carter* zustandegekommenen ägyptisch-israelischen Friedensvereinbarung von Camp David.

Eine Überraschung war die Einigung vor allem auch deshalb, weil jedermann auf den Fortgang der Verhandlungen zwischen einer Delegation von Palästinensern aus dem Westjordanland (ohne Jerusalem) und Israel startete – während die letztlich erfolgreichen Gespräche unter norwegischer Vermittlung und größtmöglicher Geheimhaltung vonstatten gingen. Bei den Madrider Gesprächen und den sich daran anschließenden Washingtoner Verhandlungen unter amerikanisch-russischer Schirmherrschaft hatten die Israelis darauf bestanden, daß sie nicht mit der PLO im fernen Tunis, sondern nur mit ortsansässigen Palästinensern verhandeln wollten – selbst wenn man diese nicht daran hindern konnte, in enger Verbindung zur bzw. Abstimmung mit der PLO in Tunis zu agieren. Was jedoch nur bedingt gelang: die PLO-Führung im fernen Tunis erwies sich flexibler als die Delegation am Verhandlungstisch.

Nicht schierer Friedenswille führte zur Einigung

Daß es letztlich auf diesem Wege nicht zu einer Einigung kam, hatte auch mit der inzwischen schwierig gewordenen Stellung der PLO-Führung unter Jassir Arafat in den letzten Jahren zu tun. Spätestens mit dem Beginn der „Intifada“ Ende der 80er Jahre bestand für Arafat die reale Gefahr, an Einfluß und Gefolgschaft bei jüngeren Generationen von Palästinensern zu verlieren. Die Dynamik, die die „Intifada“ entwickelte, war zu einem guten Teil auch eine Folge der Krise innerhalb der traditionellen Strukturen des palästinensischen Lagers. In dieser Situation hätte eine Einigung der Palästinenser unter der Leitung von *Feisal Hussein* und *Hanan Ashrawi* mit der israelischen Regierung für Arafat gefährlich

werden können. Seine Ausgangsposition bei der Schaffung der palästinensischen Strukturen wäre zusätzlich und mit dauerhaften Folgen geschwächt worden. Für die Israelis hieß dies alles letztlich: Zu tragfähigen Ergebnissen konnte es nur im direkten Gespräch mit der PLO kommen.

Die Situation der beiden Hauptverantwortlichen, Rabin und Arafat, war nach der Washingtoner Unterschrift durchaus ähnlich. Für beide war der Schritt nicht ohne Risiko. Beide hatten und haben auf ihren Seiten mit erheblichen Widerständen gegen das Abkommen zu kämpfen: der israelische Ministerpräsident mit Vertretern der parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten, vor allem aufgebrachte Siedler, die um ihre in den besetzten Gebieten errichteten Siedlungen fürchten; Fatah-Chef Arafat mit den fundamentalistischen Bewegungen *Hamas* und *Jihat* sowie der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) und der *Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas* (DFLP), die allesamt die Vereinbarungen zwischen Israel und PLO ablehnen und bekämpfen, aber momentan nur über begrenzten Rückhalt unter der palästinensischen Bevölkerung verfügen. Rabin gelang es jedoch ebenso, die Zustimmung der Knesset zu erhalten – auch Likud-Abgeordnete stimmten für die Vereinbarung mit der PLO –, wie PLO-Exekutivrat und -Zentralrat Arafat schlußendlich folgten.

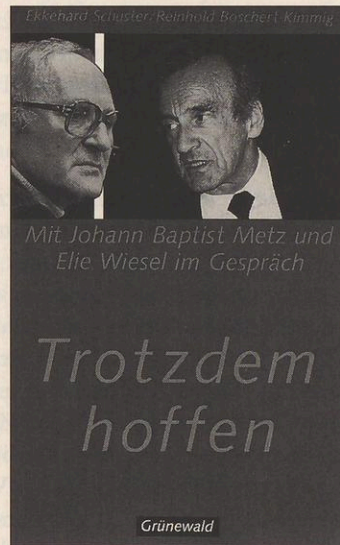
Arafat möchte sich sein politisches Überleben sichern

Dennoch war es *nicht schierer Friedenswille*, wenn zum jetzigen Zeitpunkt dieses epochemachende Abkommen zwischen Israel und PLO letztlich möglich wurde. Israels Bevölkerung ist der fortgesetzten Konfrontation mit ihren arabischen Nachbarn müde. Es drängen Generationen von Juden (und Arabern) nach vorne, deren ganzes bisheriges Leben von der Konfrontation zwischen dem jüdischen Staat und seinen mehrheitlich muslimischen arabischen Nachbarn geprägt wurde. Im übrigen hat das Land mit seinen inneren Gegensätzen zwischen orientalischen und westlich geprägten Juden schon genug zu schaffen.

Das vielzitierte Wort vom politischen „Stehaufmännchen“ Jassir Arafat dürfte kaum je so berechtigt gewesen sein wie im Zusammenhang mit der nun erfolgten Wende im Nahen Osten. Für Arafat war es möglicherweise *die letzte Gelegenheit*, sich selbst und seiner Organisation auf einer gänzlich veränderten Basis ein politisches Überleben zu sichern. Die PLO hat seit einiger Zeit mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, und obendrein hatte Arafat sich mit seinem proirakischen Taktieren während des Golfkriegs auch innerarabisch massiv isoliert.

Vor allem aber wäre es zu der jetzt eingetretenen Entwicklung ohne den Wandel in Mittel- und Osteuropa nicht gekommen. Für Israel bedeutete dies, daß der Druck der Vereinigten Staaten zugunsten einer konstruktiven Beteiligung am nahöstlichen Friedensprozeß größer wurde. Mit dem Macht-

Glaube und Theologie



Ekkehard Schuster
Reinhold Boschert-Kimmig
Trotzdem hoffen

Mit Johann Baptist Metz und Elie Wiesel im Gespräch
1993. 112 S. Geb. DM 19,80 / ÖS 155,- / SFr 20,40

Elie Wiesel, der Überlebende von Auschwitz, dessen ganzes literarisches Schaffen ein Appell wider das Vergessen ist, und Johann Baptist Metz, der Vater der Politischen Theologie, stellen sich im Gespräch den aktuellen Zeitfragen, aber auch der uralten Frage nach dem Leid, die nach Auschwitz noch unerbittlicher geworden ist. Ein notwendiges Buch gegen Stumpfheit und Resignation.

Johann Baptist Metz
Glaube in Geschichte und Gesellschaft
Studien zu einer praktischen Fundamentaltheologie
1992. 240 S. Geb. DM 36,- / ÖS 281,- / SFr 36,20

Scharfsichtig kritisiert J.B. Metz die bei uns vorherrschende bürgerliche Religion, die das Evangelium privatisiert und auf eine welt- und geschichtslose Innerlichkeit verkürzt, und entfaltet hier nun die zentralen Themen seiner Theologie.



Grünwald

wechsel vor einem Jahr (vgl. HK, September 1992, 406 ff.) stellte Israel selbst bereits die Weiche in die von den USA gewünschte Richtung. Für die arabischen Nachbarn Israels verschwand mit dem Ende des sowjetisch geführten und beherrschten Ostblocks eine bedeutende Quelle für Finanzmittel und Rüstungsgüter.

Die bipolare Weltordnung hatte dem Nahen Osten im übrigen eine äußere Struktur aufgedrängt, die den tatsächlichen Interessen und politischen Zielen der betreffenden Länder nie wirklich gerecht wurde. Der panarabische Nationalismus, zeitweise ein wichtiges Bindeglied zwischen recht unterschiedlichen Partnern gerade auch im gemeinsamen Kampf gegen Israel, konnte dieses Element nicht ersetzen, weil er selbst längst einem pragmatischeren Verfolgen individueller Ziele gewichen war. Für die arabischen Länder stellte sich damit im Zuge dieses weltweiten Wandels die Notwendigkeit, ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu überdenken. Anders als Arafat bewies Syriens Präsident Assad mit seiner Einbindung in die amerikanisch geführte Anti-Irak-Front während des Golfkriegs, zu wieviel Flexibilität, wenn es um die eigenen Interessen geht, arabische Länder in dieser Hinsicht in der Lage sind.

Irak, Iran, Libyen und Sudan bleiben abseits

Der erste, der aus dem erstarrten bipolaren Schema ausbrach, war Ägyptens Präsident *Anwar el Sadat* mit dem unter aktiver amerikanischer Vermittlung zustandekommenen Friedensvertrag mit Israel von Camp David. Er bezahlte diesen Schritt mit seinem Leben, sein Land mit einer zeitweisen Isolierung innerhalb des arabischen Lagers. Inzwischen beeilen sich die meisten arabischen Anrainer Israels, es Sadat geizhütun. Von Kairo wird angenommen, daß es in den nun in Gang gesetzten Normalisierungsprozessen zwischen Israel und seinen Nachbarn eine zentrale vermittelnde Rolle spielen wird. Das erste Treffen zwischen PLO-Chef Arafat und Israels Ministerpräsident Rabin nach dem historischen Washingtoner Händedruck fand bezeichnenderweise auf Betreiben von Ägyptens Präsident *Hosni Mubarak* in Kairo statt.

Anfang Oktober kündigten unterdessen der jordanische Kronprinz *Hassan* und Israels Außenminister Peres bei einem gemeinsamen Auftritt mit US-Präsident Clinton die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem späteren Ziel eines Friedensvertrages und der formellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. So sehr sich Präsident Assad z.Z. noch vorsichtig bedeckt hält und Israel vorhält, es sei lediglich an *Teillösungen* und *begrenztem Rückzug* interessiert, ist doch davon auszugehen, daß es auch bald zu einer Vereinbarung mit Syrien kommen wird. Assad muß daran gelegen sein, den Anschluß an die veränderten Verhältnisse im Nahen Osten nicht zu verpassen. Der Libanon ist insofern mit den übrigen Israel-Anrainern

nicht zu vergleichen, weil die Verhältnisse im Libanon selbst, vor allem aber in der israelisch-libanesischen Grenzregion noch wenig stabil sind. Lediglich Irak und Iran, Libyen und Sudan verschließen sich gegenwärtig noch der substantiellen Verbesserung der Beziehungen zu Israel.

Die Politik des Vatikans wurde durch die Fakten überholt

Zu den Staaten der Welt, die ihre Beziehungen zu Israel überprüfen bzw. auf eine neue Grundlage stellen, gehört seit einem Jahr auch der *Vatikan* (vgl. HK, September 1992, 408 f.). Die äußeren Bedingungen, unter denen die bilateralen Verhandlungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und Israel stattfinden, haben sich durch die neue Lage zwischen PLO und Israel jedoch völlig verändert. Die gegenwärtig stattfindenden Gespräche zwischen Jerusalem und dem Vatikan wurden von der Annäherung zwischen Israelis und Palästinensern geradezu *überholt*: Während man im Vatikan vor noch nicht allzu langer Zeit bemüht war, die Lage der christlichen Araber in den Anrainerstaaten Israels nicht durch eine allzu forcierte Annäherung an Israel zu belasten, droht der Vatikan nun – selbst im Vergleich zu einstigen Gegnern Israels – zu den letzten zu gehören, die diplomatische Beziehungen zu Jerusalem aufnehmen.

Im Anschluß an die jüngste Sitzung der *israelisch-vatikanischen Gesprächskommission* teilte ein hoher Funktionär des israelischen Außenministeriums mit, man sei einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen nahe. Die Unterzeichnung einer Grundsatzvereinbarung mache den Austausch von Botschaftern möglich. Auch einem eventuellen Besuch des Papstes in Jerusalem stehe nichts mehr entgegen (vgl. *Le Monde*, 19./20. 9. 93). In dem offenbar unterschriftsreifen Grundsatzpapier geht es um bilaterale Fragen wie *Status und Rechte der Katholiken, katholische Schulen* und *Einrichtungen sowie Steuerbefreiung für Klöster und Rechte an den Heiligen Stätten*. Für weitergehende Fragen, etwa den Status Jerusalems betreffend, wartet man den weiteren Verlauf der Annäherung zwischen Palästinensern und Israel ab, was aber die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen – zumal jetzt nach der israelisch-palästinensischen Einigung – und möglicherweise auch einen Besuch Papst Johannes Pauls II. in Israel nicht mehr hinauszögern muß.

Wie sehr sich die Beziehungen Israels zum Apostolischen Stuhl inzwischen verbessert haben, machte nicht zuletzt das Zusammentreffen des Papstes mit einem der beiden Oberrabbiner Israels, *Meir Lau*, in Castel Gandolfo am 21. September deutlich. Der aschkenasische Rabbiner stammt aus einem Ort südlich von Lodz (Polen). Es war nicht das erste Mal, daß ein Oberrabbiner durch einen Papst empfangen wurde, sondern nur das erste Mal *seit Errichtung des Staates Israel*. Meir Lau hielt sich aus Anlaß eines von der römischen *Comunità di Sant'Egidio* und dem Mailänder Kardinal *Carlo Martini* orga-

nisierten interreligiösen Gespräches in Italien auf. Der Oberrabbiner wiederholte bei der Gelegenheit die vor einem Jahr durch Außenminister Peres ausgesprochene Einladung des Papstes zu einem Besuch in Israel.

Gelingt es, die Lebensbedingungen der Palästinenser schnell zu verbessern?

Was einen bevorstehenden Papstbesuch angeht, gehörte der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, in den letzten Wochen eher zu den Zurückhaltenden. Der palästinensische Priester wies darauf hin, daß der Frieden einiges vereinfacht habe, dennoch dürfe man aber nicht vergessen, daß man am Anfang stehe. Zunächst müßten die ersten Bedingungen der politischen Vereinbarungen von Washington umgesetzt sein, bevor an eine Pilgerreise des Papstes zu denken sei.

Eher abwartend-zurückhaltend waren auch die ersten Reaktionen der *arabischen Christen* in den israelisch besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem auf die Unterzeichnung der Prinzipienklärung durch Israel und die PLO. Dabei versprechen gerade sie sich eine nachhaltige Verbesserung ihrer schwierigen Lage durch einen Friedensschluß. Die Lage der christlichen Araber war in den letzten Jahren deshalb schwierig, weil sie wie zwischen allen Stühlen lebten. Die Zahl der Auswan-

derer ist gerade unter ihnen besonders groß. Während die muslimischen Araber ihnen mit einiger Distanz begegnen, werden sie von den (jüdischen) Israelis wie die übrigen Araber behandelt. Eine Friedensregelung würde mithelfen, sie von dem Druck zu befreien, sich immer wieder als „gute Palästinenser“ beweisen zu müssen.

In den Augen der Palästinenser, der Muslime wie der Christen, besteht vor allem so lange kein Grund zu irgendwelcher Euphorie, wie nicht wirklich gesichert ist, daß sich die soziale und wirtschaftliche Lage in nächster Zeit verbessert. Das Schicksal der Friedensinitiative von Rabin und Arafat wird sich daher auch nach allgemeiner Einschätzung weithin an der Frage entscheiden, inwieweit es gelingt, die Lebensbedingungen in den von Israel besetzten Gebieten zu verbessern. Dabei wird es entscheidend auf den Westen ankommen, denn auf die arabischen Länder wird man auch diesmal kaum zählen können.

Auch in der Vergangenheit war das verbale Eintreten für die Rechte der Palästinenser das eine, konkrete Hilfe für die in Flüchtlingslagern bzw. in den besetzten Gebieten Lebenden etwas ganz anderes. Gegenwärtig scheint im arabischen Raum die Meinung vorzuherrschen, hier sei in erster Linie Israel gefragt. Man befürchtet, mit der Hilfe für die Palästinenser den eigenen wirtschaftlichen Interessen in der Region auf die Dauer zu schaden, indem man denjenigen aufhilft, die schon bald als Konkurrenten auftreten werden. *Klaus Nientiedt*

Nicht vorschnell urteilen

300 Tage Bill Clinton im Weißen Haus

Vor einem Jahr gelang es Bill Clinton, dem weithin unbekanntem Gouverneur des Südstaates Arkansas, als demokratischer Bewerber bei den US-Präsidentschaftswahlen den republikanischen Amtsinhaber George Bush zu schlagen. Nach seinem Amtsantritt im Januar 1993 zeigt sich sehr rasch, daß auch Clinton nur mit Wasser kocht: Er konnte seine Versprechungen aus dem Wahlkampf nicht einlösen und beging Ungeschicklichkeiten, die ihn in der Öffentlichkeit Sympathien kosteten. Dennoch hat der 42. amerikanische Präsident durchaus Chancen auf eine insgesamt erfolgreiche Amtszeit, vor allem wenn das große Reformwerk für das Gesundheitswesen gelingt.

Im Mai und Juni 1993 – Bill Clinton war gerade einhundert Tage im Weißen Haus – sprachen die Medien nicht freundlich über den 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die kritische Berichterstattung in Amerika schwappte auf die deutsche Presse über: „Mangelhaft für Clinton“ (Die Welt, 29. 4. 1993); „Laienspieler im Weißen Haus“ (Süddeutsche Zeitung, 28. 5. 1993). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung war noch viel schneller. Sie wußte, ganz wie es sich für sie auch gehörte, sogar schon zwei Tage vor Clintons Amtsantritt: „Erste Kratzer auf Clintons Hochglanz“ (FAZ, 18. 1. 1993). Weil

die journalistische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen amerikanischen Präsidenten ein völlig zeitunabhängiges Phänomen ist, dekretierte *Johannes Gross* dann erst im August im Magazin der FAZ: „Clinton/Carter. Die Dummheiten des einen beruhen auf Dummheit, die des anderen auf Überzeugung. Da haben wir ja noch Hoffnung“ (27. 8. 1993).

Schon sehr früh erhoben die konservativen Kritiker in den Vereinigten Staaten Einwände dagegen, daß Clintons Wahlkampfversprechen, die staatlichen Ausgaben stark zu senken und gleichzeitig die Steuerlastquote der Mittelschicht zu redu-